

Demokratischer Widerstand in einer Diktatur

Bewertung der Lage in der Türkei nach dem Verfassungsreferendum; Mai 2017

Der Türkei stehen ungewisse Zeiten bevor. Nach dem knappen Ausgang des Verfassungsreferendums und den zahlreichen Betrugsvorwürfen kann nicht von einer Stabilisierung der Lage gesprochen werden. Die seit dem Abbruch der Friedensgespräche mit der PKK im Frühjahr 2015 andauernde Staatskrise wird sich in diesem Jahr weiter zuspitzen. Angesichts gravierender politischer, sozialer und wirtschaftlicher Widersprüche in der Gesellschaft der Türkei ist nicht ausgeschlossen, dass sich die Auseinandersetzungen in den kurdischen Provinzen in einen die gesamte Türkei umfassenden Bürgerkrieg verwandeln. Das innen- und außenpolitische Projekt der Türkei stellt mehr denn je das Wiederaufleben großtürkischer, neoosmanischer Ambitionen in den Mittelpunkt. Ganz oben auf der Agenda steht dafür die Zerschlagung des kurdischen Widerstandes und der PKK. Unter anderem zeigt sich die Bedeutung der Zerschlagung der kurdischen Opposition für die Türkei daran, dass sie sogar bereit ist vom Sturz des syrischen Präsidenten Assad abzusehen, um im Kampf gegen die Demokratische Föderation Nordsyrien (DFNS) an Gewicht zu gewinnen. Die zu erwartenden umfangreichen Militäroperationen in Nordkurdistan (Südosttürkei), Südkurdistan (Nordirak) und der Demokratischen Föderation Nordsyrien werden das gesellschaftliche Klima in der Türkei weiter anheizen. Vor dem Hintergrund der zahlreichen Konfliktherde in dem Land stellt sich insbesondere für die deutsche Politik die Frage, wie verlässlich die Türkei mittel- und langfristig sein wird. Eine Ausweitung der innen- und außenpolitischen Krise, die womöglich einen Bürgerkrieg in dem NATO-Land zur Folge haben könnte, würde einen herben Rückschlag für die deutschen Interessen im Nahen und Mittleren Osten bedeuten.

Außenpolitisch wie innenpolitisch ist es mittlerweile fast zur Regel geworden, dass der türkische Staat auf dschihadistische und rechtsextreme terroristische Gruppen als Bündnispartner zurückgreift. Die Türkei ist daher kein verlässlicher Bündnispartner mehr. Nicht umsonst stuft die Bundesregierung die Türkei als "Plattform des internationalen Terrorismus" ein. Viele der Attentäter, die auch in Europa, Russland oder dem Maghreb Anschläge verübt haben, nutzten die Türkei als Transitland. Die Bundesregierung, die politischen Parteien aber auch zivilgesellschaftliche Akteure in der Bundesrepublik täten gut daran, alte Gewissheiten zu hinterfragen und den Problemen mit der nötigen Offenheit und Flexibilität zu begegnen, mit der auch die USA oder Russland ihre Position in der Region erfolgreich gefestigt haben. Letztendlich spürt vor allem Europa die Folgen der Krise im Nahen und Mittleren Osten und sollte daher am stärksten an einer Lösung interessiert sein. Teil davon wird auch ein konstruktiver Umgang mit der PKK als maßgeblichem politischen Akteur und demokratisch-säkularer Kraft in den Konflikten in Syrien, dem Irak und der Türkei sein. Sie könnte durch ihr pluralistisches und multi-ethnisches Selbstverständnis anders als nationalistische oder sektiererische Bewegungen in der Region zu einem stabilen Frieden beitragen.

Machtverhältnisse im türkischen Staat und die Frage der Stabilität

Die kurdische Frage ist und bleibt ein entscheidender Faktor für die innen- und außenpolitische Dynamik in der Türkei. Die zweijährigen Verhandlungen zwischen der PKK und dem türkischen Staat hatten im Rahmen des Dolmabahce-Abkommens im Februar 2015

kurzzeitig für Hoffnungen auf einen dauerhaften Frieden und eine Demokratisierung der Türkei gesorgt. Mit der kurz darauf erfolgten Erklärung Erdogans, es gäbe keine kurdische Frage in der Türkei, und der erneuten militärischen Eskalation durch das türkische Militär ab dem Sommer 2015, ist diese Hoffnung verflogen. In der AKP Erdogans und dem türkischen Staatsapparat setzte sich die Fraktion durch, die auf eine ausschließlich militärische Lösung des seit 40 Jahren andauernden Konflikts setzt. Seit Juni 2015 finden praktisch täglich Luftangriffe und Militäroperationen in Nordkurdistan und Verhaftungen im ganzen Land statt. Nach außen nutzt der türkische Staat zwar die fast vollständig gleich geschalteten Medien, um Entschlossenheit und Einheit zu demonstrieren. Der gescheiterte Militärputsch vom 15. Juli 2016 zeigt jedoch drastisch, dass der Umgang mit der kurdischen Frage ein Gegenstand staatsinterner Auseinandersetzungen bleibt.

Derzeit konkurrieren hauptsächlich drei große Interessengruppen um die Macht im türkischen Staat. Die alte kemalistische Elite hat nach 15 Jahren AKP-Herrschaft vor allem im Militär an Einfluss verloren und verfügt damit nicht mehr über die Fähigkeit den eigenen Einfluss im Staat wirksam zu verteidigen. Angesichts der Islamisierung der türkischen Gesellschaft und der Alleinherrschaftsansprüche Erdogans werden die kemalistischen Militärs, die CHP (Cumhüriyet Halk Partisi - Republikanische Volkspartei) und kemalistische Unternehmerkreise jedoch zunehmend unruhig. Insbesondere ultra-nationalistische Kräfte, die sich in der MHP (Milliyetçi Hareket Partisi - Partei der Nationalistischen Bewegung) oder um Doğu Perinçek versammeln, könnten immer nervöser werden. Die Bündnispolitik Erdogans mit Teilen dieses Spektrums führte nicht zu der erhofften Festigung seiner Machtposition, sondern viel mehr zu einer zunehmenden Spaltung des kemalistisch-nationalistischen Lagers. Die AKP vereint die zweite entscheidenden Interessengruppe im türkischen Staat um sich. In ihren Reihen finden sich islamisch-anatolische Kräfte wieder, die in der Geschichte der türkischen Republik lange von den Schaltstellen der Macht ferngehalten wurden. Im Zuge der seit 2002 andauernden Herrschaft der AKP gelangten VertreterInnen dieser Interessengruppe in der Politik, Wirtschaft, Justiz, Polizei und Militär an die Macht. Erdogan und seine Gefolgsleute sind dementsprechend daran interessiert, ihre Macht beizubehalten und zeigen dabei immer wieder die Fähigkeit, flexibel Bündnisse einzugehen. Im Zuge der Veränderung dieser Bündnispolitik kam es im Jahr 2013 zum offenen Bruch zwischen der AKP und der dritten Gruppe, die um Einfluss im türkischen Staat konkurriert: die Gülen-Bewegung (oder Hizmet-Bewegung). Unter Leitung des islamischen Predigers Fetullah Gülen, der im amerikanischen Exil lebt, verfolgt sie eine spezielle Form islamistischer Politik, die islamische Werte und eine neoliberale Wirtschaftspolitik miteinander in Einklang zu bringen versucht. Die Gülen Bewegung sieht, ähnlich wie ihr ehemaliger Bündnispartner Erdogan, Demokratie als Mittel zum Zweck der Durchsetzung einer sunnitisch-islamistischenen Form von Herrschaft. Das Vorgehen der Gülen-Bewegung gegen die kurdische und säkulare Opposition zeigte sich mit den Verhaftungen zehntausender zivilgesellschaftlicher AktivistInnen, BürgermeisterInnen und JournalistInnen im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen im Jahre 2009. Die Gülen Bewegung und Erdogan vereint, dass sie strikt für eine militärische Lösung der kurdischen Frage stehen. Es würde daher einen strategischen Fehler darstellen, die Gülen-Bewegung als Opposition gegen Erdogan zu verharmlosen oder sogar zu unterstützen. Die Darstellung des BND-Chefs Kahl, der die Gülen Bewegung im März 2017 als "zivile Vereinigung zur religiösen und säkularen Weiterbildung" bezeichnete, ist in diesem Sinne problematisch. Auch die Gülen-Bewegung hat kein anderes Konzept zur Lösung der Demokratiefrage in der Türkei, als ein autokratisches Regime unter eigener Regie zu errichten. Seit dem offenen Bruch mit der AKP im Jahr 2013 werden VertreterInnen der Gülen-Bewegung insbesondere in Justiz, Polizei und Bildungswesen entlassen und kriminalisiert. Diese waren zuvor systematisch durch die AKP und die Gülen-Bewegung im Staatswesen platziert worden. Insofern ist der Aufschrei der AKP bezüglich einer Unterwanderung des

Staates eher als ein unfreiwilliges Schuldeingeständnis zu sehen, fand diese Unterwanderung doch unter AKP-Regie statt. Die AKP nutzte den Militärputsch vom Juli letzten Jahres geschickt dazu, massiv gegen ihre langjährigen Verbündeten vorzugehen, zehntausende aus dem Staatsdienst zu entlassen und Unternehmen sowie Bildungseinrichtungen der Gülen-Bewegung zu schließen bzw. zu verstaatlichen.

Die Brüche innerhalb der staatstragenden Kreise in der Türkei vertieften sich im Laufe der letzten Jahre zunehmend und trugen maßgeblich zu den Krisen der letzten beiden Jahre bei. Interessenskonflikte zwischen nationalistischen Kemalisten, AKP-Anhängern und Gülenisten werden zunehmend offen und gewalttätig ausgetragen. Die massiven Korruptionsvorwürfe gegen Erdogan aus dem Jahr 2013, der Militärputsch im Jahr 2016 und die gegenseitige Polemisierung im Zuge des Verfassungsreferendums sind deutliche Indikatoren für eine zunehmende Polarisierung auch innerhalb der türkischen Staatselite. Zwar bildet die kurdische Frage eine Art letzten Versöhnungspunkt der ansonsten konkurrierenden Fraktionen im türkischen Staat, man ist sich jedoch zunehmend uneinig über eine Lösung des Problems. Die Gülen-Bewegung und Teile kemalistischer Militärs versuchten durch den Militärputsch im Juli 2016 angesichts der zunehmenden Eskalation im Südosten des Landes und der Gefahr für den Zusammenhalt der Türkei die AKP zu entmachten. Die AKP entschied sich nach dem Putsch für ein Bündnis mit den nationalistisch-kemalistischen Kräften, die sie wenige Jahre zuvor im Rahmen der Ergenekon-Prozesse noch inhaftieren lassen hatte. Im Angesicht dieser wechselnden Bündnisse und der zunehmenden Interessenswidersprüche innerhalb des türkischen Staates ist eine weitere innenpolitische Eskalation, bis hin zu einem Bürgerkrieg, nicht ausgeschlossen. Ausschlaggebend für die weitere Entwicklung wird sein, ob Erdogan es nach dem Referendum schafft, sein Bündnis mit den nationalistischen Kräften zu konsolidieren und in wie fern er es ihm gelingt, den Konflikt mit der PKK militärisch zu entscheiden. Gelingt es ihm in diesem Jahr nicht, wie angekündigt, die PKK zu zerschlagen, wird er sich mit einem zunehmenden politischen und ggf. auch militärischem Widerstand innerhalb der nationalistischen und gülenistischen Elite konfrontiert sehen. Diese Entwicklung erscheint angesichts der derzeitigen politischen und militärischen Stärke der PKK am wahrscheinlichsten.

Perspektiven gesellschaftlichen Widerstands in der Türkei

Mit dem knappen Ausgang des Verfassungsreferendums scheint Erdogan seine Macht vorerst wieder für eine gewisse Zeit gesichert zu haben. Gesellschaftlich bedeutet der Wahlausgang Erdogans, dass der seit Juli 2016 andauernde Ausnahmezustand zur Normalität wird. Die Gleichschaltung der Justiz und Medien, andauernde und willkürliche Verhaftungen, Demonstrationsverbote und die Schließung hunderter zivilgesellschaftlicher Organisationen haben das gesellschaftliche Leben in der Türkei nahezu zum Erliegen gebracht. Angesichts einer massiven Repressionswelle gegen politische AktivistInnen, steigender Arbeitslosigkeit und zahlreicher Anschläge in türkischen Metropolen stellt sich die Frage, welche Wege sich der Unmut wachsender Teile der Bevölkerung suchen wird. Zwar sind die innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei so kurz nach dem Referendum noch schwer abzusehen, die täglichen Demonstrationen in Istanbul und anderen Teilen des Landes nach dem Referendum sind aber unter Anbetracht des starken Drucks seitens der Sicherheitsorgane ein ausdrucksstarkes Zeichen der Unzufriedenheit vieler Menschen. Dass sich mit Kemal Kılıçdaroğlu der Vorsitzenden der größten Oppositionspartei CHP gegen Proteste auf den Straßen ausspricht, kann sowohl zu einer Schwächung, als auch zu einer Radikalisierung der Protestbewegung führen. In wie fern die Demonstrationen eine Antwort auf die politische Krise in der Türkei liefern können, bleibt abzuwarten. Die Polizei hält sich derzeit abgesehen von einzelnen Verhaftungen noch auffällig stark zurück. Sie scheint damit Konsequenzen aus dem aggressiven Vorgehen gegen DemonstrantInnen der Gezi-Bewegung

im Jahr 2013 gezogen zu haben, die zu einer großen Solidarisierung weiter Teile der Bevölkerung mit den Protestierenden führten. Die Erfahrungen aus der Gezi-Zeit zeigen aber auch, dass die AKP-Regierung nicht dazu bereit ist, dem Druck von der Straße nachzugeben. Sie wird daher wahrscheinlich abwarten, ob die Proteste von alleine abnehmen und im gegenteiligen Fall mit umfangreichen Verhaftungen und Polizeieinsätzen reagieren.

In einer Türkei, in der demokratische Grundprinzipien wie eine unabhängige Justiz, ein arbeitsfähiges Parlament und kritische Medien nicht gewährleistet sind, wird sich gesellschaftlicher Unmut andere Wege suchen. Eine stille aber für das Land nicht weniger folgenreiche Form, seinem Unmut mit den Verhältnissen Ausdruck zu verleihen, sind die zahlreichen jungen und gut gebildeten Menschen, die derzeit das Land verlassen. Dazu gehören auch viele politische AktivistInnen, die nun in Deutschland und anderen Ländern der EU Asyl beantragen. Alle, die sich dagegen entscheiden das Land zu verlassen bzw. gar nicht erst die Möglichkeit haben, stehen vor der Entscheidung, sich der Politik der AKP zu beugen oder Widerstand zu leisten. Insbesondere im kurdischen Südosten der Türkei ist es angesichts der jahrzehntelangen Erfahrungen der Bevölkerung mit staatlichen Repressionen und wirksamem Widerstand dagegen wahrscheinlich, dass sich der Widerstand der Menschen fortsetzen bzw. ausweiten wird. Die zunehmend aussichtslose wirtschaftliche Lage in den kurdischen Provinzen wird ihren Teil dazu beitragen, dass insbesondere die Jugend Widerstand als naheliegendste Alternative betrachtet. Zudem bietet sich ihr mit der HPG, den bewaffneten Kräften der PKK in den bergigen Regionen der Südosttürkei, die Möglichkeit vor politischen Repressionen zu entfliehen bzw. sich dem militärischen Widerstand gegen die Diktatur in der Türkei anzuschließen. Seit dem erneuten Beginn des Krieges im Jahr 2015 wählten bereits tausende kurdischer Jugendlicher diesen Weg. In Anbetracht der seither erfahrenen Repressionen und der fehlenden Aussicht auf politische Entspannung im Land, dürften nicht wenige von ihnen derzeit über den Schritt in die Berge nachdenken. Somit würden der Gesellschaft in der Türkei neben den jungen EmigrantInnen vorerst viele weitere junge Menschen verloren gehen, die sich vor kurzem noch auf zivilem Weg für eine Demokratisierung der Türkei einsetzten.

Auch in der Gesellschaft vertiefen sich die Widersprüche und Brüche. BefürworterInnen einer Demokratisierung der Türkei, die ca. 50% der Bevölkerung ausmachen dürften, sehen sich einem islamistisch-nationalistischen Bevölkerungsteil gegenüber, der zunehmend aggressiv und gereizt auf Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen reagiert. Aussagen führender AKP-Politiker vor und nach dem Referendum, die Gegnern Erdogans mit Rache drohen, sind ein Ausdruck eines Hegemonieanspruches, in dessen Rahmen große Teile der Bevölkerung zunehmend als Staatsfeinde und Terroristen gebrandmarkt werden. Die Verbindung islamistischer und nationalistischer Milieus in der Türkei ist zwar eine Entwicklung, die seit dem Militärputsch im Jahre 1980 zu beobachten ist. Sie erreicht heute mit dem AKP-MHP-Bündnis jedoch ihren Höhepunkt und droht großen Teilen der Bevölkerung ihren Platz in der Gesellschaft zu verwehren. Auch hier bleibt abzuwarten, wie säkuläre und demokratische Kräfte, aber auch die Frauenbewegung und Jugendliche mit dem islamistisch-nationalistischen Druck umgehen werden.

Außenpolitische Ambitionen der Türkei im Mittleren Osten

Im Kontext der tiefgreifenden Veränderungen im Nahen und Mittleren Osten versucht auch der türkische Staat seine eigenen Interessen zu beschützen bzw. durchzusetzen. Bereits zu Beginn des „Arabischen Frühlings“ versuchte er durch die Unterstützung der Muslimbrüder in Ägypten, aber auch durch die Forderung nach einem Sturz des syrischen Präsidenten Assad, seinen Einfluss in der Region auszuweiten. Im Irak, einem weiteren entscheidenden Schauplatz geopolitischer Auseinandersetzungen, ist es vor allem das Bündnis mit der KDP und dem Präsidenten der autonomen kurdischen Region, Barzani, durch das sich die Türkei ihren Einfluss auszubauen versucht. Diese Politik wird spätestens seit dem Einmarsch türkischer

Truppen in Nordsyrien ganz offen verfolgt. Auch in Südkurdistan (Nordirak) führt die Türkei seit ca. zwei Jahren einen ununterbrochenen Krieg aus der Luft, der wohl noch in diesem Frühling durch eine umfangreiche Bodenoperation ergänzt wird. Erdogan erklärte passend dazu in den letzten Monaten wiederholt, der Vertrag von Lausanne, der im Jahre 1923 als Teil der Neuaufteilung des Nahen und Mittleren Ostens nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches verabschiedet wurde, sei hinfällig. Dementsprechend vertritt die AKP-Regierung heute die Position, weite Teile Nordsyriens und des Nordiraks, aber auch einzelne griechische Inseln, müssten dem türkischen Staatsgebiet angegliedert werden. Zwar musste Erdogan mittlerweile hinnehmen, dass Aleppo von Assad zurückerobert wird und die türkische Armee in der Mossul-Operation keine entscheidende Rolle spielt. Doch die grundlegende expansionistische Haltung des türkischen Staates manifestiert sich in den jüngsten Angriffen von Ende April auf die Demokratische Föderation Nordsyrien, Shengal und der bevorstehenden Bodenoffensive gegen das von der kurdischen Guerilla kontrollierte Kandil-Gebirge. Grund für die stetige Ausweitung türkischer Militäroperationen in der Region ist auch, dass die PKK das entscheidendste Hindernis für die türkischen Expansionspolitik darstellt. Nicht nur innenpolitisch stellt sie durch ihre politische, soziale und militärische Stärke eine Gefahr für den Zusammenhalt des türkischen Staates dar. Auch außenpolitisch wird die PKK von der türkischen Regierung aufgrund ihrer Rolle in der Demokratischen Föderation Nordsyrien und in Südkurdistan als Hindernis für eigene Machtansprüche wahrgenommen. Mit der AKP geben derzeit Stimmen im türkischen Staat den Ton an, welche die militärische Zerschlagung der PKK als Grundlage für die Durchsetzung der Expansionspläne in der Region bezwecken. Sowohl innen- wie auch außenpolitisch beeinflusst dieses Ziel alle entscheidenden politischen Entscheidungen und Pläne der türkischen Regierung. Die Türkei wird dementsprechend in diesem Jahr höchstwahrscheinlich durch eine Invasion in Südkurdistan, massive Angriffe auf die Demokratischen Föderation Nordsyrien und anhaltende Militäroperationen im Südosten des eigenen Landes versuchen, eine militärische Entscheidung herbeizuführen. Selbstredend stellt dies selbst im Falle militärischer Erfolge ein Kraftakt für ein Land dar, dessen wirtschaftliche, politische und soziale Krise sich stetig vertieft. Im Falle militärischer Misserfolge droht das Land an den Widersprüchen in seiner Staatselite und Gesellschaft zu zerbrechen.

Beziehungen Türkei – Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland verfolgt seit Jahrzehnten gegenüber der Türkei eine Politik der Partnerschaft und verfolgt zugleich mithilfe der Türkei geopolitische Interessen in der Region. Vor diesem Hintergrund finden immer wieder politische Tauschhandel zwischen beiden Ländern statt. Für den Zugang von rund 6000 deutschen Firmen zum türkischen Markt, umfangreiche Investitionsmöglichkeiten und die Verwendung türkischer Militärstützpunkte zur Durchsetzung deutscher geopolitischer Interessen in der Region war und ist der deutsche Staat immer wieder bereit der Türkei weitreichende Gegenleistungen zu erbringen. Das PKK-Verbot im Jahre 1993, aber auch die jüngsten Verhaftung zahlreicher türkischer und kurdischer politischer AktivistInnen und die Duldung der politischen Einflussnahme des türkischen Staates durch Verbände wie Ditib oder die UETD in Deutschland können als derartige Gegenleistungen betrachtet werden. Bisher war der türkische Staat sowohl gewillt als auch in der Lage, verlässlich Gegenleistungen für die deutsche Unterstützung im Kampf gegen die PKK zu erbringen. Angesichts der sich vertiefenden politischen, wirtschaftlichen aber auch militärischen Krise in dem NATO-Land Türkei stellt sich die Frage, wie lange die Bundesrepublik auf diese jahrzehntealte Gewissheit setzen kann. Nicht erst seit dem EU-Flüchtlingsdeal mit der Türkei stellt das Land eine Art Brückenkopf des Westens in den Nahen und Mittleren Osten dar. Derzeit verhindert die türkische Regierung praktisch als letzte Instanz eine erneute und wahrscheinlich deutlich umfangreichere Fluchtbewegung Millionen von Menschen aus dem Mittleren und Nahen Osten nach Europa. Betroffen davon wäre wie bereits im Jahre 2015 aufgrund der wirtschaftlichen

Lage insbesondere Deutschland. Will oder kann die Türkei ihre Rolle als Bollwerk gegen die Auswüchse des Krisenherd Mittlerer Osten auf Europa nicht mehr erfüllen, droht auch der EU eine Herausforderung, die sie wahrscheinlich nicht überstehen würde. Dementsprechend vorsichtig äußern europäische und deutsche RegierungsvertreterInnen derzeit Kritik gegenüber den diktatorischen Verhältnissen in der Türkei. Die deutsche Regierung scheint derzeit schlichtweg Angst davor zu haben, ihren wichtigsten Partner in der Region zu verlieren. Relativ neu an der derzeitigen Situation ist, dass die Türkei trotz der deutschen und europäischen Zurückhaltung ihrer Rolle als Bollwerk und geopolitischer Brückenkopf nicht mehr gerecht werden könnte. In einer Region, deren Grenzen seit über 20 Jahren verändert werden und sich in den letzten Jahren wie in Syrien und dem Irak zum Teil aufgelöst haben, bleibt auch die Türkei von den Entwicklungen nicht unberührt. Im Falle anhaltender militärischer Auseinandersetzungen mit der PKK im Südosten der Türkei, zunehmender direkter türkischer Verwicklungen in die Kriege in Syrien und dem Irak und eines drohenden Bürgerkrieges in der Westtürkei, stünde der lange verlässlichste Partner Deutschlands im Nahen und Mittleren Osten vor dem Zerfall. Dies hätte zum einen die oben angedeuteten innenpolitischen Folgen angesichts einer massiven Geflüchtetenbewegung und der folgenden Krise in der EU. Zum anderen verlöre Deutschland beträchtlich an Einfluss in der Region und müsste sich nach neuen Bündnispartnern umschauen. Mit Jordanien wird derzeit zwar im Rahmen von kostenlosen Panzerlieferungen und öffentlichen Überlegungen deutscher Regierungsvertreter, die türkische Luftwaffenbasis Incirlik durch eine Basis in Jordanien zu ersetzen, eine potentielle Alternative zur Türkei zu mindest einmal angebahnt. Angesichts der ca. einhundertjährigen Verbindung zwischen dem deutschen und türkischen Staat käme der Verlust des türkischen Partners jedoch einem Fiasko deutscher Mittel- und Nahostpolitik gleich.

Handlungsempfehlungen

Aus der oben dargelegten Bewertung der politischen Situation im Nahen und Mittleren Osten ergeben sich in Bezug auf die deutsche Politik in der Region folgende Handlungsempfehlungen:

- politische Gespräche mit der PKK im Rahmen einer flexibleren Bündnispolitik im Mittleren und Nahen Osten

- politische und wirtschaftliche Unterstützung der Demokratischen Föderation Nordsyrien im Rahmen der Bekämpfung von Fluchtursachen in der Region; Nebeneffekt wäre ein größerer politischer Handlungsspielraum gegenüber der Türkei

- politische Unterstützung für Bemühungen, alle politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure in Südkurdistan an einem Verhandlungstisch zu versammeln; Ziel: Stabilisierung und Demokratisierung eines potentiellen Kriegsherdes und zugleich Gewinn neuer politischer Bündnispartner abseits der KDP

- Unterstützung der Demokratisierung der Türkei durch Friedensverhandlungen mit der PKK und Wiederherstellung grundlegender demokratischer Prinzipien mit dem Ziel einer grundlegenden Überarbeitung der türkischen Verfassung; Druckmittel wären Stopp der Waffenlieferungen, Verweigerung wirtschaftlicher Unterstützung bzw. der Erweiterung der Zollunion, Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen oder Einschränkung der Arbeit von Institutionen wie Ditib, UETD etc. in Deutschland

Für weitere Informationen

Wenden Sie sich bitte an:

Civaka Azad- Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

Mail: info@civaka-azad.org

Tel.: 030/91446137 oder 0178/6066117